

Newsletter Nr. 03/2023 "Wir sind die Zukunft"

für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit www.wir-sind-die-zukunft.net

**INHALT** 

- Infos aus dem KJHA vom 07.03.2023
- Internationale Wochen gegen Rassismus
- Flimmern & Rauschen 2023
- Ferienworkshop Folk Rave
- Ehrenamtliche für DOKfest gesucht!
- Kongress der Jugendarbeit: Vernetzt und gestärkt in die Zukunft
- Kinderfotopreis 2023
- Wettbewerb zur Stadtentwicklung
- Angebote Mobilspiel e.V.
- Kinder schützen leicht erklärt
- BNE Basic Workbook
- Veranstaltungstipps
- Die nächste Ausgabe
- Impressum und Datenschutz

#### INFOS AUS DEM KJHA VOM 07.03.2023

# TOP 1 Stadtratshearing zum Thema "Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen"

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) begrüßte, dass es nun zu diesem Hearing kommen wird. Sie stellte fest, dass die Landeshauptstadt zwar schon viele Initiativen und Projekte bzw. feste Angebote vorhalte – die Bedarfe würden aber wachsen und sich verändern. Vor allem die Zielgruppen ändern sich. Sie plädierte dafür, dass sich das Hearing nicht nur aus schulpädagogischer Perspektive mit dem Thema Medienkompetenz befassen solle, sondern insbesondere auch außerschulische Träger einbinden müsse. Sie wünschte sich eine noch stärkere Einbindung von Jugendlichen selbst.

Dem stimmte auch StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) zu. Er sprach sich dafür aus, zu verhindern, dass während des Hearings nur langatmige Vorträge und historische Diskurse geführt würden. Das Hearing solle zeigen, welche Angebote es bereits gibt. Daneben müssten auch Vertreter\*innen der Polizei, der Datenschutzbehörden und der Jugend selbst präsent sein.

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) zeigte sich verwundert, dass das Thema Hearing bereits in der aktuellen KJHA-Sitzung behandelt würde. Besser wäre es gewesen, den zweiten Antrag zu diesem Thema mit zu berücksichtigen und gemeinsam zu behandeln. Sie wünschte sich als Ergebnis eines solcher Hearings, dass Kinder und Jugendliche – aber auch Eltern und pädagogische Fachkräfte – erkennen können, dass sie skeptisch sein müssen, wenn Angebote im Netz kostenlos seien. Zudem betonte sie, dass in der bisherigen Konzeption der Anhörung die medienpädagogischen Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) zu kurz kämen. Dort bestehe jedoch der direkteste Kontakt zu den Zielgruppen. Sie empfahl zudem, Prof. Dr. Ruth Wendt von der LMU München als Expertin einzuladen.

Für den Münchner Trichter bestätigte Sebastian Ring, dass sich beim Thema Medienkompetenz in den letzten Jahren nicht weniger als ein Kulturwandel vollzogen habe. Das Hearing müsse deshalb eine Zusammenschau von kultureller Bildung, Medienpädagogik, frühkindlicher Bildung und konzeptionellen Zukunftsvisionen sein, um dem umfassenden Themenkomplex der Medienkompetenz gerecht zu werden. Hier gibt es in Hinblick auf kommunale Planung und Strategien noch Gestaltungsbedarf. Wenn die Vielfalt der Träger und Angebote sich im Hearing widerspiegele, würden damit auch den Aspekten Partizipation, politische Bildung und kulturelle Teilhabe Rechnung getragen.

Das Hearing sei dringend notwendig, betonte Judith Greil (Kreisjugendring), um die neue mediale Lebensrealität von Heranwachsenden abbilden und bearbeiten zu können. Der KJR sei seit vielen Jahren im "Netzwerk Interaktiv" tätig und vertrete dort die Interessen der Jugendarbeit. Auch sie unterstrich die Bedeutung der OKJA für die medienpädagogische Praxis, die nicht nur befristete Projekte biete, sondern eine dauerhafte Begleitung von (benachteiligten) Heranwachsenden.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) wies darauf hin, dass beim Hearing noch stärker prekarisierte, marginalisierte und benachteiligte junge Menschen eingebunden werden müssten. Das sei deshalb wichtig, weil angesichts einer hoch beschleunigten Entwicklung im Medienbereich ein Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaft erreicht werden müsse. Hierzu

ist u.a. die Entwicklung medienkompetenten Verhaltens nötig. Auch er sprach sich für die Einbindung der gesamten Trägerpalette aus, weil die über die besten Kontakte zu Kindern und Jugendlichen verfügten. Das Hearing müsse gut vorbereitet werden und auch die Eltern einbeziehen.

Sabine Kellig (Gleichstellungsstelle) forderte, dass das Thema Gewalt/geschlechtsspezifische Gewalt noch stärker in die inhaltliche Konzeption des Hearings einfließen müsse. Sie wies zudem darauf hin, dass der Aspekt des Datenschutzes bislang zu kurz käme. Dieses Thema sei aber wichtig, weil in weiten Teilen der Bevölkerung ein geringes Unrechtsverständnis für Straftaten im Netz vorherrsche. Der Ansatz des Hearings müsse deshalb geschlechtersensibel sein und darauf abzielen, dass Mediennutzende wehrhaft mit den Herausforderungen der digitalen Welt umgehen könnten.

Eine Mangel an medienpädagogischem Know-how bei Eltern und pädagogischen Fachkräften stellte Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) fest. Sie und ihre Fraktion forderten deshalb schon lange, dass in den bayerischen Lehrplänen ein eigenes Fach "Medien" eingeführt werden müsse. Es gäbe leider immer noch Fälle, in denen sich Lehrkräfte dem Thema Medien verweigerten – hier sei das Pädagogische Institut der Landeshauptstadt gefragt, Qualifizierungen anzubieten.

Yvonne Lüders (SOS-Kinderdorf) berichtete, dass man während der Pandemie meist nur online Kontakt zu den Familien aufrechterhalten konnte. Leider war dabei WhatsApp die einzige technische Möglichkeit. Das zeige, dass es in den Familien an datenschutzrechtlicher und medienpädagogischer Kompetenz fehle.

StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) bestätigte, dass die Pandemie gezeigt habe, dass es für Eltern und pädagogische Fachkräfte nach wie vor schwierig sei, mit den Herausforderungen der Mediengesellschaft umzugehen.

Beschluss einstimmig angenommen

# TOP 2: Interims-Jugendtreff Sendling-Westpark, Zustimmung zur Planung und vorläufigen Genehmigung des Nutzerbedarfsprogramms des Interims-Jugendtreffs

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) freute sich, dass es bis zur endgültigen Einrichtung des Jugendtreffs ein mobiles Angebot geben soll. Nicht zuletzt der Bezirksausschuss hatte auf diese Entscheidung schon lange gewartet. Sendling weise durchaus noch Defizite in den entsprechenden Angeboten auf – in den Einrichtungen der OKJA werde Kindern und Jugendlichen vor allem die Möglichkeit des sozialen Lernens geboten, die sie jetzt brauchen. Sie forderte in dem Zusammenhang, dass bei der inhaltlichen Konzeption auf geschlechtersensible Bedürfnisse der Nutzer\*innen geachtet werden muss. Zudem müssten alle Bereiche des Jugendtreffs konsequent barrierefrei gestaltet werden.

Judith Greil (Kreisjugendring) freute sich auf den neuen Raum für Jugendliche im Stadtteil. Sie gab jedoch zu bedenken, dass die jetzt vorgesehene Ausstattung der Einrichtung angesichts der langen Öffnungszeiten mit nur 2,5 Stellen viel zu knapp bemessen sei. Außerdem sei die räumliche Größe der Einrichtung zu gering, wenn das Haus offen für alle sein soll. Man brauche deutlich mehr Platz, um den unterschiedlichen Anforderungen der Zielgruppen gerecht

werden zu können. Zudem forderte sie, dass das Außengelände ausreichend beleuchtet werden müsse. Sie dankte dem Referat und dem Bezirksausschuss, dass der Jugendtreff nun auf den Weg gebracht wurde.

Beschluss einstimmig angenommen

# Top 3: Offene Kinder- und Jugendarbeit in Freiham, Zustimmung zum Betrieb des Vorläuferprojekts zur OKJA "Jugendtreff Freiham" durch Feierwerk e.V.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) wies auf den gestiegenen Bedarf für offenen Einrichtungen im Stadtteil hin, der inzwischen zu den größten in München zähle. Die Zahl der Bewohner\*innen steige kontinuierlich. Sie sieht eine Ausstattung mit nur zwei Vollzeitstellen als zu gering an. Ihre Fraktion fordere deshalb eine Aufstockung auf vier Vollzeitstellen.

Auch StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) freute sich, dass es nun eine mobile Interims-Lösung für den Jugendtreff geben soll, der erst 2026 den eigentlichen Betrieb aufnehmen wird. Die zwei Stellen, die nun für die mobile Arbeit vorgesehen seien, würden möglicherweise genügen – eine bessere personelle Ausstattung sei jedoch wünschenswert.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) berichtete, dass man derzeit im mobilen Angebot mit zwei Stellen arbeite – in der endgültigen Ausbaustufe seien mehr Vollzeitstellen vorgesehen. Esther Maffei (Jugendamtsleiterin) bestätigte, dass man derzeit noch Bedarfe im Stadtteil ermittle, um die Angebote im Jugendtreff entsprechend für die Zielgruppen gestalten zu können. Die Einrichtung werde mit dem steigenden Zuzug auch personell wachsen.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) bedankte sich bei der CSU, die die Planungen für eine Einrichtung aktiv vorangetrieben habe und bereits auf künftige Bedarfe blicke. Eine Perspektive könnte sein, dass die Einrichtung zunächst drei Vollzeitstellen bekomme – die seien ohnehin schwer zu besetzen. Dem stimmte auch StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) zu, die angesichts der Größe des Stadtteils auch eine Stellenmehrung für sinnvoll hält.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) forderte die Mitglieder des KJHA noch einmal nachdrücklich auf, dem Änderungsantrag ihrer Fraktion nach einem Ausbau der Vollzeitstellen zuzustimmen und bat gleichzeitig um einen Bericht zur weiteren Entwicklung der Einrichtung nach einem Jahr.

Änderungsantrag CSU/Freie Wähler zur Aufstockung der Personalstellen: mehrheitlich angenommen

Beschluss einstimmig angenommen

# TOP 4: Münchner Förderformel für Kindertageseinrichtungen (MFF) Neugestaltung der freiwilligen Förderung ab dem Kindertageseinrichtungsjahr 2023/2024

Florian Kraus (Stadtschulrat) berichtete zunächst über die Genese der Münchner Förderformel (MFF) und darüber, wie es zum Rechtsstreit bzw. zum Urteil des Verwaltungsgerichts kam. Das Gericht hatte bestätigt, dass die bisherigen Regelungen der MFF einzelne private Anbieter schlechterstelle und die Landeshauptstadt aufgefordert, eine rechtskonforme Lösung zu

finden. Er bestätigte weiterhin, dass die Landeshauptstadt grundsätzlich bereit und in der Lage sei, die bislang schon geförderten etwa 1.000 Träger von Kindertagesstätten bzw. Krippen freiwillig weiter zu fördern. Dabei sollen die drei Säulen des bisherigen Modells erhalten bleiben: 1) eine einheitliche Grundfinanzierung muss gewährt werden, 2) die Stadt will damit für Bildungsgerechtigkeit sorgen und 3) Familien sollen finanziell entlastet werden. Bislang hatte München diesen Bereich mit 150 Mio. Euro freiwillig gefördert. Neben der MFF bestehe weiterhin das Instrument der wirtschaftlichen Jugendhilfe für Familien, bei denen die städtische Förderung nicht ausreiche.

Juristisch gesehen könne am schnellsten die Staatsregierung das Dilemma auflösen, wenn sie das Bayerische Kinderbildungs- und betreuungsgesetz (BayKiBiG) anpassen und ein Modell wie die MFF zulassen würde. Da das Bayerische Sozialministerium aber ein solches Vorgehen ablehnt, wird die Landeshauptstadt nun den Ansatz eines Defizitausgleichsverfahren prüfen und umsetzen. In jedem Fall werde es weiter eine Entlastung der Eltern geben, die jedoch rechtskonform sein muss. Dazu arbeite das Referat eng mit dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) zusammen. Im Moment könne er aber noch keine Details einer künftigen Lösung vorlegen.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) betonte, dass es zentrales Ziel bleiben müsse, Bildungsgerechtigkeit in der Stadt für alle Kinder herzustellen und zu wahren. Eltern brauchen bezahlbare und gleichzeitig qualitativ hochwertige Angebote der Kinderbetreuung. Die bisherige MFF hatte das gesichert. Er bedauerte, dass die Landtags-CSU offenbar der Landeshauptstadt München mit ihrer Verweigerungshaltung schaden wolle. Dabei wäre ein modifiziertes Landesgesetz die einfachste Lösung. Seiner Meinung nach können man über eine Vereinfachung der MFF verhandeln – nicht aber über Bildungsgerechtigkeit und Qualität.

Dem entgegnete StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler), dass man aktuell nicht mehr nach überfraktionellen Lösungen suche, sondern stattdessen Informationen seitens des Referats zurückhalte. Ihrer Fraktion gehe es ebenso um Bildungsgerechtigkeit und Entlastung der Eltern. Eine Zustimmung zur jetzigen Beschlussvorlage sei für ihre Fraktion schwierig, weil man keinen Blanko-Scheck ausstellen wolle; es seien jetzt dringend weitere Details der neuen Regelung zu benennen.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) erklärte, dass man zwar die privaten Träger, die gegen die MFF geklagt hatten, nicht verlieren wolle, es könne aber nicht sein, dass die Stadt das komplette unternehmerische Risiko dieser Träger abfedere. München wolle darüber hinaus im Sinne der Bildungsgerechtigkeit vermeiden, dass weitere Betreuungsplätze in private Trägerschaft übergingen. Sie dankte in dem Zusammenhang der FachARGE – namentlich Julia Sterzer (AWO), denn die gemeinwohlorientierten freien Träger würden in dieser Situation das Wohl der Kinder und die Bedürfnisse der Eltern vor die Interessen der eigenen Trägerstruktur stellen.

Auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) forderte seine Kolleg\*innen auf, in dieser Frage überparteilich und fraktionsübergreifend zu denken. Er konstatierte, dass die Lebenswirklichkeit von Menschen in München immer vielfältiger werde. Vor diesem Hintergrund muss es wichtigstes Anliegen sein, Bildungsgerechtigkeit für alle herzustellen. Deshalb brauche

man weiter niederschwellige Hilfsangebote, die auch die Würde der bedürftigen Familien wahre. Die drei Säulen des Erfolgsmodells MFF müssten beibehalten bleiben.

Für die freien Träger betonte Julia Sterzer (AWO), dass es die freien Träger schmerze, dass das Erfolgsmodell MFF nicht in der bisherigen Form fortgeführt werden könne. Um höchstmögliche Bildungsgerechtigkeit zu erlangen, sei für sie und ihren Verband (AWO) sogar ein noch größerer Wurf notwendig – nämlich eine komplett kostenfreie frühkindliche Bildung in Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Entlastung der Familien bleibe zentral, weil dort die Hauptarbeit bei Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen geschehe und man diese Familien nicht zu Bittstellern machen dürfe. Gleichzeitig ist aber auch die Auskömmlichkeit der Finanzierung/Förderung der freien Träger wichtig, sonst stünden viele Einrichtungen früher oder später vor der Insolvenz. Insgesamt sprach sie sich für den Erhalt der Vielfalt in der Trägerstruktur der Einrichtungen aus, die bislang gut funktioniere. Wettbewerbsverzerrungen dürfe es aber nicht geben. Der Ansatz des Defizitausgleichsverfahrens sei offenbar derzeit der einzig gangbare Weg. Die freien Träger wollten dabei ihre Expertise einbringen, um schnell eine rechtssichere Lösung zu erarbeiten. Zudem müsse eine Kommunikationsstrategie erarbeitet werden, um die Eltern aufzuklären und ihnen medial geschürte Ängste vor einer extrem hohen finanziellen Belastung zu nehmen. Sie dankte den Fraktionen SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste für die Anträge.

StRin Gabriele Neff (FDP/Bayernpartei) erinnerte an das Entstehen der MFF. Die Verabschiedung damals konnte nur gelingen, weil alle Parteien und Fraktionen eine tragfähige Lösung wollten. Eine künftige Regelung müsse vor allem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen. Sie glaubte, dass das Defizitausgleichsverfahren in der jetzigen Form ebenfalls nicht rechtssicher ist. Die Vielfalt der Trägerstruktur sei der beste Weg, alle Bedürfnisse zu bedienen. Gleichzeitig legte ihre Fraktion einen Änderungsantrag vor, der vorsieht, dass die Landeshauptstadt ergebnisoffen alle zur Verfügung stehenden Wege prüfe, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) freute sich, dass auch die CSU zur MFF steht und bat die Fraktion, auf die Parteikolleg\*innen im Landtag dahingehend einzuwirken, ein modifiziertes Landesgesetz zu verabschieden, das die Probleme lösen kann.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) berichtete, dass es bereits derartige Gespräche mit der Landtags-CSU gegeben habe. Auch ihre Partei stehe letztlich für Bildungsgerechtigkeit – im Übrigen werde ihre Fraktion dem Änderungsantrag der FDP zustimmen.

Für die Fraktion ÖDP/München-Liste bestätigte auch StRin Nicola Holtmann, dass sie nicht gewillt sei, einen Blanko-Scheck auszustellen und ebenfalls alle Optionen durch das Referat prüfen lassen wolle.

Dem konnte grundsätzlich auch Julia Sterzer (AWO) folgen – gab aber zu bedenken, dass alle Akteure nun massiv unter Zeitdruck stünden. Sie wolle aber nicht ausschließen, dass man auch weitere Optionen prüfe – beispielsweise Bildungsgutscheine.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) bestätigte, dass der Stadtrat in der Tat nicht sehr gut und zeitnah über die Vorgänge um die MFF informiert wurde. Sie richtete die Bitte an das RBS, künftig

alle Fraktionen frühzeitig in die Kommunikationsarbeit einzubinden. Sie schloss sich ebenfalls der Aufforderung an die CSU an, auf ihre Parteikolleg\*innen im Landtag einzuwirken.

Änderungsantrag SPD/Volt und Die Grünen/Rosa Liste: (Der Antrag will die Formulierung "private Anbieter" in "Anbieter" ändern, d.h. "Das RBS soll bei der Ausarbeitung des Defizitausgleichssystems prüfen, ob ggf. ein geringer Betrag von den privaten (gestrichen) Anbietern für die Abgeltung des unternehmerischen Risikos behalten werden kann.): Antrag mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag FDP: (Der Antrag beinhaltet, dass die Landeshauptstadt ergebnisoffen alle alternativen Lösungsoptionen prüft): Antrag mehrheitlich abgelehnt Beschlussempfehlung für Bildungsausschuss gesamt: mehrheitlich angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

#### INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung aller Art setzen: Darum geht es bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die heuer unter dem Motto #MischDichein von 20. März bis 2. April 2023 stattfinden. Sie werden von der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus organisiert. Das Programm zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus versteht sich als Forum zur Stärkung der vielfältigen und solidarischen Stadtgesellschaft, dient der Vernetzung demokratischer Einzelpersonen und Initiativen, ermöglicht Empowement von unmittelbar Betroffenen und hilft bei der Entwicklung von gemeinsamen Strategien und Visionen für ein buntes, plurales, gleichberechtigtes und noch demokratischeres München. Das Programmheft findet man hier.

#### **FLIMMERN&RAUSCHEN 2023**

Von 30. März bis 1. April 2023 wird der Saal X im Gasteig HP8 in der Hans-Preißinger-Straße 8 zur Bühne für das Nachwuchsfestival "flimmern & rauschen". Hier präsentieren Münchner Filmemacher\*innen bis 26 Jahre ihre Kurzfilme. Die Themen und Filmgenres sind so vielseitig wie die Filmgruppen selbst. Das Programm umfasst mehr als 80 Filme aus den Genres Spiel-, Dokumentar-, Animations- und Experimentalfilm – da ist für jeden Geschmack etwas dabei. Die Filme sind vom 25. März bis zum 17. April 2023 auch über die Festival-Mediathek abrufbar. Das Festival-Ticket ist kostenfrei und kann vor Ort während des Festivals erworben werden. Um eine Spende von 5 € wird gebeten. Mehr Informationen gibt es hier.

## FERIENWORKSHOP FOLK - RAVE

Wie die beiden Musikrichtungen Volksmusik und Electronic Dance Music musikalisch und auf dem Tanzboden kombiniert werden können, erfahren und erlernen Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 25 Jahren in den Osterferien am 3. April bei einem kostenlosen Folk-Rave-Workshop.

Im Anschluss an den Workshop geben die Dozierenden ab 19:30 Uhr als "The Pumpkin Machine" ein Folk-Rave-Konzert mit Special Guest DJ Yuriy Gurzhy. Workshopteilnehmende bekommen für sich und eine Begleitperson jeweils eine Freikarte.

Die Teilnehmendenanzahl ist begrenzt. Mehr Infos via Mail an andreapancur@aol.com.

# KONGRESS DER JUGENDARBEIT: VERNETZT UND GESTÄRKT IN DIE ZUKUNFT

Der Bezirksjugendring Oberbayern hat entschieden, die regelmäßigen Arbeitstagungen seiner Zielgruppen zu einem gemeinsamen zweitägigen Kongress der Jugendarbeit zusammenzufassen, der von 20. bis 21. April 2023 stattfindet. Es sollen neue Wege, gefunden werden, um die Zukunft für und mit jungen Menschen zu gestalten.

In zwei Vorträgen, zehn verschiedenen Workshops und einer kurzweiligen Abendeinheit werden wichtige und vor allem neue Themen aus dem SGB VIII aufgegriffen. Weitere Informationen hier.

\*

## **KINDERFOTOPREIS 2023**

Der Kinderfotopreis für Oberbayern ist ein jährlich stattfindendes medienpädagogisches Projekt für Kinder von 3 bis 12 Jahren aus der Region. Mit dem diesjährigen Thema "rund & eckig" bringt er junge Menschen dazu, die Umgebung ganz genau und aus ungewöhnlichen Perspektiven zu betrachten.

Mitmachen können Kinder – nicht nur privat –, sondern auch in ihrer Hortgruppe, Mittagsbetreuung, Kita, Schulklasse, ihrem Kinder- und Jugendtreff oder auch gemeinsam als private Gruppe mit ihren Freunden. Einsendeschluss ist am 15. Mai 2023. Eine feierliche Übergabe der Preise, begleitet durch eine unterhaltsame Moderation mit Mitmach-Programm, folgt am 14. Juli. Alle weiteren Informationen <u>hier</u>.

## WETTBEWERB ZUR STADTENTWICKLUNG

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Referat für Bildung und Sport schreiben einen Wettbewerb zur Beteiligung an der Stadtentwicklung aus. Er findet unter dem Motto "Mitdenken – Mitreden – Mitmachen" statt. Ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro wartet auf die erfolgreichen Teilnehmenden. Bis zum Einsendeschluss am 22. Mai können Schulklassen, Jugendgruppen und einzelne Kinder bzw. Jugendliche, die zu Themen der Stadtentwicklung und Stadtplanung ein Projekt entwickeln, mitmachen. Die Beiträge werden von der Jury nach

Originalität, Umsetzung und fachlicher Qualität bewertet. Im Juli werden alle Arbeiten im Plan-Treff, (Blumenstraße 31), öffentlich ausgestellt. Am 17 Juli werden dort bei der feierlichen Preisverleihung die Preisträger\*innen bekanntgegeben. Mehr Infos gibt es <u>hier</u>.

### ANGEBOTE MOBILSPIEL E.V.

MobilSpiel e.V. bietet mit seinen Projekten ein breitgefächertes Angebot für Kinder-, Schul-, Sommerfeste in Form von eintägigen oder mehrwöchigen Spielaktionen. Es besteht entweder die Möglichkeit, ein Service-Paket zu buchen, bei dem Groß- und Kleinspielgeräte (z.B. Hüpfburgen) speziell für eintägige Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die sogenannten Münchner Spielkistln angeboten. Dabei werden bunt bemalte Bauwägen individuell mit Kleinspielgeräten bestück und nach Wunsch betreut – durch die Veranstalter oder gemeinsam mit MobilSpiel. Außerdem bietet MobilSpiel e.V. in seinen Räumlichkeiten ein Kasperltheater an. Feste Gruppen von 20 bis 40 Kinder können auf Anfrage zu Vorstellungen kommen. Schließlich bietet die Einrichtung unter dem Namen "Kicklusion", Veranstaltungen, Projekttage und Spielnachmittage zum Thema Inklusion und Behinderung in Schule, Freizeit und Sport an. Infos und Beratung gibt es hier.

\*

# KINDER SCHÜTZEN LEICHT ERKLÄRT

Damit Eltern ihre Kinder gut vor sexuellem Missbrauch und Gewalt schützen können, brauchen sie konkrete Informationen und passgenaue Tipps, die sie in ihrem Alltag umsetzen können. Das neue Heft "Kinder schützen leicht erklärt!" von AMYNA – formuliert in Leichter Sprache – informiert Eltern darüber, was sie über kindliche Sexualität und sexuellen Missbrauch wissen sollen, gibt konkrete Tipps zur Prävention und ihnen Möglichkeiten der Hilfe an die Hand.

Weitere Informationen zum Heft gibt es hier.

#### **BNE BASICS WORKBOOK**

Mit dem Workbook soll Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) leichter zugänglich gemacht werden. Es werden darin vielfältige methodische Herangehensweisen für die praktische Umsetzung von BNE mit Kindern, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen gezeigt. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist dabei kein starres Konzept, sondern lebt von der persönlichen Haltung und Begeisterung.

Das Workbook steht hier zum Download bereit.

## **VERANSTALTUNGSTIPPS**

Was: 51. Netzwerk-Treffen BNE "Ästhetische Zugänge - Kulturelle Bildung &

Bildung für nachhaltige Entwicklung"

Wer: Ökoprojekt Mobilspiel e.V.

Wann: Donnerstag, 16.03.2023, 17.00 – 20.00 Uhr
Wo: Münchner Zukunftssalon, Waltherstraße 29 RGB

Kosten: kostenlos

Anmeldung: per E-Mail an oekoprojekt@mobilspiel.de.

Was: Workshop – Basics für Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wer: Ökoprojekt MobilSpiel e.V. und rehab repuplic e.V.

Wann: Mittwoch, 26.04.2023, 16.00 – 20.00 Uhr

Wo: Münchner Zukunftssalon, Waltherstraße 29, Rückgebäude

Kosten: 10,00 €

Anmeldung: hier oder per Mail mit Stichwort "BNE-Basics", Name, Kontaktdaten und ggf. In-

stitution

Was: Voll die Party

Wer: Aktion Jugendschutz Bayern

Wann: Montag, 22.05.2023 16.00 – 19.00 Uhr und

Dienstag, 23.05.2023 10.00 - 17.00 Uhr

Wo: am 22.05.2023 online, am 23.05.23 im CVJM e.V., Landwehrstr. 13

Kosten: 110,00 € Anmeldung: hier

\*

## DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 04.04.2023

Bericht vom KJHA vom 28.03.2023

#### **IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ**

#### **Das Redaktionsteam**

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

### Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

### **Datenschutz**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.